

# Korrepondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 103.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 4. September 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene  
Stonpareille 25 Pfennig;  
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

## Zur Tarifrevision.

### IV.

Unter den wichtigeren Ergebnissen, welche die Gehilfenschaft von den diesjährigen Tarifberatungen erwartet, befindet sich auch eine Reduzierung der Lehrlingskala. Ob hierfür die Form einer gleichmäßigen Herabsetzung der Zahl der Lehrlinge in allen Staffeln gewählt wird, erscheint noch zweifelhaft. In der Lehrlingsfrage wird es sich unserer unmaßgeblichen Meinung nach um dreierlei handeln. Einmal in der ersten Staffel um die Befestigung der Bestimmung im Tarife, wonach es unter Umständen zulässig ist, bei einem Gehilfen drei Lehrlinge zu halten. Sodann hat auch die Konferenz den Standpunkt eingenommen, daß die Lehrlingsziffer nach oben eine bestimmte Begrenzung finden müsse. Will man behufs Erzielung gesunder Verhältnisse im Gewerbe auf dem bewegten Gebiete. Praktisches schaffen, dann darf man nicht von den großen Geschäften, die schon ihrer ganzen Art nach dem „Kleinen“ gegenüber sich im Vorteile befinden, die Lehrlingsziffer bis aufs äußerste ausnutzen lassen, wozu aber jetzt gemäß des Tarifes die in Betracht kommenden Firmen das unzweifelhafteste Recht haben. Deshalb muß tarifgesetzlich ansprochen werden, von dieser oder jener Zahl von Gehilfen ab hört eine Steigerung der Lehrlingsziffer auf. In diesem Falle würde dann die Lehrlingskala in den unteren Staffeln einmal für die kleinen Prinzipale eine Erleichterung im Konkurrenzkampfe bedeuten, weiter in einem erträglichen Verhältnisse zu der Gehilfenzahl stehen, und damit auch die Prinzipale indirekt zu einer entsprechenden technischen Ausbildung der Lehrlinge veranlaßt werden. Eine absolute Herabsetzung der Zahl der Lehrlinge in allen Staffeln ist dagegen auf das entschiedenste bei den Druckern zu fordern. Es hieße Gulen nach Äthen tragen, wollten wir in die umfangliche und schwerwiegende Begründung dieser Forderung hier eintreten. Sie ist unseren Lesern namentlich seit dem zweiten Maschinenmeisterkongresse so augenfällig und durchschlagend im „Korr.“ vorgeführt worden, daß sich im gegebenen Momente auch die Prinzipale im Tarifausschusse dieser Forderung der Gehilfen nicht werden entziehen können.

Was nun den Staffeltarif betrifft, welches „Ankum von Tarif zur Schande die Bestrebungen einer modernen sein wollenden Arbeiterschaft zielt“, wie sachkundig und geschmackvoll Kollege Rotte in seinem Artikel in Nr. 101 sagt, so haben sich die so reichlich an ihn geknüpften Befürchtungen nicht erfüllt. Bei Beurteilung des Staffeltarifes muß man von rein sachlichen Motiven ausgehen und von den Schwierigkeiten eines nationalen Tarifes. Um dem Ganzen zu nützen, kann es unter Umständen sehr nötig sein, heute eine ähnliche Bestimmung im Tarife zu treffen, um sie, wenn die gewollte Wirkung erzielt ist, im nächsten Tarife wieder zu beseitigen. Ähnlich ist das Verhältnis auch bei dem Staffeltarife. Er war seinerzeit eine Konzession an den Beitritt der rheinisch-westfälischen Prinzipalität zur Tarifgemeinschaft, und seine eingeschränkte Anwendung hat auch seine Unerflichkeit bewiesen. Aber erst durch die Erfahrung mußte dies erwiesen werden. Zweifellos wird die

Frage des Staffeltarifes bei den Verhandlungen im September keinen Konfliktstoff heraufbeschwören und die Antragstellung der Gehilfenschaft, daß das höchste Minimum bereits mit dem 21. Lebensjahre erreicht wird, sowie die entsprechenden Anlegungen der Gehilfenvertreter werden nicht ungehört verhallen. Ein Gehilfe, der sechs Jahre im Gewerbe tätig ist und ordnungsgemäß seine Lehrzeit beendet hat, muß in stande sein, das Minimum zu verdienen. Es wäre nur ein Armutsgewinn für die Prinzipalität, daß sie den Lehrlingen in vier Lehrjahren nicht so viel beibringen kann, daß diese das Minimum zu verdienen vermögen. Die übrigen Voraussetzungen für den Staffeltarif sind inzwischen gefallen.

Ähnlich wie mit dem Staffeltarife liegen auch die Dinge bei den tariflichen Ausnahmebestimmungen. Sie sind weit weniger als eine Konzession an die Prinzipalität, sondern vielmehr als eine Konzession an bestehende Verhältnisse aufzufassen. Sie waren in den früheren Jahren, wie Schreiber dieser Zeilen als Gehilfenvertreter 1896 begründete, geradezu eine Notwendigkeit. Wo noch elf- bis zwölfstündige Arbeitszeit und Löhne von 10 bis 12 Mark bestanden, hätte es doch einen Schlag ins Wasser bedeutet, in solchen Druckereien den Tarif einführen zu wollen; die Verhältnisse mußten nach und nach für die Tarifeinführung reif gemacht werden. Die Buchdrucker dachten glücklicherweise in ihrer Allgemeinheit nüchtern genug, um diese für sie ebenso notwendige wie erfolgreiche Taktik des Verbandes anzuerkennen. Inzwischen haben sich, wie gesagt, die Verhältnisse auch hier nach vorwärts entwickelt. Die Ausnahmebestimmungen haben in ihrer Allgemeinheit infolge der wirtschaftlichen Dezentralisation in den letzten zehn Jahren keine innere Berechtigung mehr. Die Klagen der Gehilfen, daß heute oft in den kleinsten Städten der Lebensunterhalt ebenso teuer ist wie in größeren Städten, sind nur zu berechtigt. Diese allgemeine Teuerung hat auch sehr wesentlich dazu beigetragen, die Gehilfen der Organisation und die betreffenden Druckereien dem Tarife zuzuführen. Ganz wird man aber die Ausnahmebestimmungen nicht fallen lassen können, schon im Interesse der weiteren Durchführung des erhöhten Tarifes nicht. Nur eine Einschränkung dieser Bestimmungen kann und muß Platz greifen. Da diese Ausnahmebestimmungen ja auch gekündigt werden können, liegt es lediglich an uns, sie dort zu beseitigen, wo sie ihren Zweck erfüllt haben und bei ihrem Fortbestehen sich in eine tarifliche Ungerechtigkeit verwandeln würden. Das wird dann Sache der Kollegen an den einzelnen Orten sein. Bemerkte sei noch, um den gegenwärtigen Umfang der Ausnahmebestimmungen auch ziffernmäßig festzuhalten, daß sie in 142 Orten mit 194 Firmen und 763 Gehilfen (d. h. 3,65 Proz. sämtlicher tarif-treuen Firmen und 1,54 Proz. sämtlicher tarif-treuen Gehilfen) in Geltung stehen, also in einem weit geringeren Umfange, als man in Gehilfenkreisen gewöhnlich anzunehmen pflegt. So lange aber Ausnahmeverhältnisse bestehen, muß ihnen Rechnung getragen werden, sei es nach oben oder nach unten.

Im allgemeinen hat sich die Gehilfenschaft verständnisvoll damit abgefunden, daß die Konferenz

in der Frage der Maifeier keine bestimmten Anträge zu stellen empfahl. Es wäre für den ganzen Tarifvertrag und seine Verwirklichung nur störend gewesen, wenn wir auf dem Papiere einen Maifeierparagrafen durch den Tarif geschleppt hätten. Er hat unsers Erachtens in einem Tarifvertrage nichts zu suchen, da die Maifeier einer ganz andern Sphäre entstammt, und die nervös-radikale Wertung der Maifeier seit Jena in der politischen Arbeiterpresse und jedenfalls wieder in Mannheim die Gewerkschaften unmöglich binden kann. Die Konferenz hat einen Akt kluger Taktik gezeigt, als sie in dieser Sache ihren Beschluß faßte.

Nun hätten wir noch kurz auf die Anträge der Sparten hinzuweisen. Im einzelnen sind diese Anträge zurzeit kaum im „Korr.“ zu behandeln, weil wir in unserer Abhandlung nur die allgemeinen Gesichtspunkte zusammenzufassen haben und eine intime Auseinandersetzung über die einzelnen Anträge sich von selbst verbietet, außerdem herrscht bei den Spartenangehörigen (z. B. bei den Stereotypen) über die gestellten Anträge selbst noch etwas Unstimmigkeit. Ein gewisser Mißmut macht sich bei den Sparten insofern Luft, weil die Konferenz nicht ohne weiteres die Beschlüsse der Spartenkongresse zu den übrigen machte. Das konnte sie nicht, weil sie vor allem damit rechnen muß, möglichst viel von den gestellten Anträgen tarifliches Gesetz werden zu lassen. Darauf kommt es doch an. Für berechtigt hielt die Konferenz die Beschlüsse der Spartenkongresse; die Konferenz hat aber in erster Linie zu untersuchen, ob die gestellten Anträge auch durchführbar waren. Und von dieser Erwägung ausgehend, mußte eben der eine oder andre Antrag getrichen oder abgeändert werden. Wenn es sich bei den gedachten Anträgen bloß um eine Uebereinstimmung unter uns handeln würde, dann wäre rasch eine Einigung zu erzielen, so aber müssen wir noch andere Faktoren mit in Betracht ziehen, die für die Verwirklichung der gestellten Anträge ebenfalls maßgebend sind. Das wolle man bei aller Entrüstung nicht vergessen. Ganz und gar scheinen aber mit einer solchen die Korrektoren am Ziele vorbeizutreffen. Sie sind ungehalten, weil die Konferenz ihrem Antrage nicht zustimmte, daß für Korrektoren ein 20prozentiger Zuschlag zum Minimum tariflich festgesetzt werden müsse. Es wird wohl keinen Gehilfen geben, der so unvernünftig wäre, nicht zugestehen, daß die Arbeit eines Korrektors Intelligenz erfordert, und daß sie mitunter eine geradezu aufreibende ist — beides Umstände, die sich auch in der Bezahlung ausdrücken sollten. Deshalb haben wir stets die Bestrebungen der Korrektoren sympathisch begrüßt und sie gefördert, soweit wir dazu in stande waren. Und wenn wir jetzt mit der Konferenz bei dem bewegten Antrage nicht ihrer Meinung sind, so aus ganz objektiven Gründen heraus. Der betreffende Antrag der Korrektoren stellt ein ganz neues Prinzip für den Lohn- resp. Tarifvertrag auf, ohne daß neue Verhältnisse ihm zugrunde liegen. Würde nach dem Muster der Korrektoren verfahren werden, dann würde der einheitliche Minimallohn aus dem Tarife überhaupt verschwinden müssen, denn es werden sich in unserm Gewerbe mit Leichtigkeit Gruppen gewisser Spezialarbeiter bilden lassen, die das gleiche

Verlangen zu stellen eine innere Berechtigung hätten. Das würde aber in der Hauptfrage des Tarifes, der Lohnfrage, zu unheilvoller Zersplitterung führen und schließlich den kollektiven Arbeitsvertrag zu einem solchen des einzelnen Individuums machen. Ein solcher Vertrag läßt sich dann aber nicht mehr kollektiv vereinbaren. Der Hinweis auf die Bezahlung der Maschinenseker ist unzutreffend. Beim Maschinenseker haben wir es mit einer ganz neuen Form der Produktion im Gewerbe zu tun, welche in der Lage war, den tariflichen Lohn der Handseker illusorisch zu machen, wenn nicht für die Arbeit an den Maschinen ein ihrer Produktivität entsprechender Ausgleich in der Arbeitszeit und Entlohnung hätte tariflich festgehalten werden können. Aus den höheren Gesichtspunkten der ganzen gewerblichen Entwicklung und ihres Einflusses auf die typographischen Arbeiter heraus ist dem neuen technischen Prinzip naturgemäß ein tarifliches Prinzip auf dem Fuße gefolgt, nicht sowohl der einzelnen mit Maschinensatz beschäftigten Personen halber, sondern wegen der grundstürzenden Arbeitsweise an sich. Das wolle man bei einer sachgemäßen Beurteilung des Maschinensekerminimums nicht vergessen. Würden die Korrektoren auf ihren Anträgen bestehen und sie zur Voraussetzung für den Anschluß an die Tarifgemeinschaft machen, dann würde er eben nicht perfekt werden und Nichtbuchdrucker für 15, 18, 20 Mark Lohn pro Woche weiterhin sich in Schmutzkonkurrenz üben können. Würde dadurch dann eher die Wahrscheinlichkeit einer höhern Bezahlung für die buchdruckerischen Korrektoren garantiert sein? Unseres Erachtens liegt es im Interesse der Korrektoren, zuerst sich mit der Antragstellung der Konferenz zu begnügen. Erst eine gesunde Grundlage schaffen und auf ihr dann weiter bauen, war stets das Prinzip der Buchdrucker, und dieser Tendenz werden sich auch die Korrektoren nicht entziehen können, wenn sie an das Ziel ihrer Wünsche gelangen wollen.

Eine Reihe weiterer Anträge stehen mit dem Organisationsvertrage im Zusammenhange oder sind solche mehr untergeordneter Natur, so daß wir nicht näher darauf einzugehen brauchen. In wenigen Wochen wird dann so wie so das gesamte Material wieder zur Besprechung gestellt werden müssen.

Zum Schluß können wir nur noch wünschen, daß bei Beurteilung der Gesamtsituation man deren Eigenartigkeit und Schwierigkeit auch berücksichtigen möge. Mit solch trostlosem Zeuge, wie es der Kollege Kotte in seinem Artikel verzapft, dient man den Kollegen nicht. Wir polemisieren absichtlich nicht gegen dieses sein sinnloses Geschwätz, das nur beweist, wie wenig Kotte die Sachlage objektiv zu würdigen versteht. Was er gegen uns schreibt, sei ihm verziehen, denn eine andre Bewertung unserer Arbeit, wie es von Kotte geschieht, erwarten wir gar nicht von unseren Kollegen.

## Seid einig, einig . . .

Wenn je dieses Wort angebracht, so in heutiger Zeit. Die Tarifrevision steht vor der Tür, vielleicht erfordert sie Kämpfe. Da gilt es nun, mehr denn je zusammenzuhalten.

Geschlecht dies nun auch erfreulicherweise, so hat man doch hier und da Kollegen, die geeignet sind, Unfrieden in die Reihen der Mitglieder zu säen. In jeder Versammlung glauben sie, den Mund recht voll nehmen zu müssen, setzen sich zu Hause hin und grübeln, wie sie diesem oder jenem eins auswichen können, was ihnen eine besondere Freude bereitet. Als erster Mitgliedleiter gilt dann der Vorstand. Es soll hier durchaus nicht gesagt sein, daß man hier oder da nicht sollte Kritik üben. Nein, eine gesunde und vernünftige Kritik ist stets am Platze und sogar erwünscht. Jedoch mag man niemals am Kleinigkeiten, die der Zeitverwendung nicht wert sind, am Vorstände oder sonstigen Personen herumrödeln oder gar dieselben anfeinden.

Daß dadurch die Frigidität an der Ausübung der Vorstandsämter nicht gehoben wird, versteht sich am Rande; ist doch ein solches Amt alles andre als angenehm und ohnehin sehr oft mit privaten Ausgaben verknüpft, ganz abgesehen davon, daß man dabei noch die schöne freie Zeit opfern muß. Vor allem aber hat darunter der Versammlungsbesuch zu leiden, denn einem anständigen Manne muß ein solches fortgesetztes Unpöbeln zum Halse herauskommen.

Vor allen Dingen müssen die Persönlichkeiten in der Debatte ganz und gar ausschließen, denn dies führt stets zu Streitigkeiten. Jeder Kollege hat die Pflicht, mit dem Vorjager, in anständiger und dem Buchdrucker würdiger Weise die Verhandlungsgeschäfte mit regeln zu helfen, in die Versammlung zu kommen. Möge das ein jeder beherzigen und erst den Balken in seinem Auge, alsdann den Splitter in seines Bruders Auge gemahrt werden. Denn oft könnte das Sprichwort zur Geltung kommen: „Kritikieren kann jeder Bauer, aber besser machen fällt ihm sauer.“

## Achtung, Stempelschneider und Zeuggraveure!

Es wird den Kollegen dieser Branche wohl zur Genüge bekannt sein, daß die Arbeitsverhältnisse in den Frankfurter-Offenbacher Schriftgießereien nicht die rosigsten sind. Im folgenden sollen einige Hauptursachen dieser mißlichen Zustände dargelegt werden, und mancher Kollege wird dann wohl auch den Schlüssel finden, wie es kam, daß man ihn nach längeren Unterhandlungen mit irgend einer Frankfurter oder Offenbacher Schriftgießerei wegen Stellung plötzlich abweis, obgleich das Engagement vielleicht schon ziemlich perfekt gewesen.

Den meisten Kollegen wird die Firma B. Georgi, Stempelschneiderei in Offenbach a. M., bekannt sein, auch daß eben diese Firma ihre Arbeiten ausschließlich für die Frankfurter und Offenbacher Schriftgießereifirmen liefert.

Herr B. Georgi genießt nun das weitgehende Vertrauen der Schriftgießereibesitzer. Wollen letztere für ihren Betrieb einen Stempelschneider engagieren, so wird Herr Georgi um Rat gefragt; ja dieser Herr scheint sogar das Monopol für Arbeitsvermittlung zu besitzen. Bei Engagementsunterhandlungen der Kollegen mit den Schriftgießereifirmen wird nun ganz gewiß Herr Georgi über die Leistungen usw. des betreffenden Kollegen befragt, falls er denselben kennt. In den meisten Fällen kennt Herr Georgi die Kollegen, wenn auch nur vom Hörensagen.

Nun scheint aber Herr Georgi sich zum Ziele zu setzen, den Zugang der Gehilfen nach Frankfurt und Offenbach teils allzu groß werden zu lassen. Je weniger Gehilfen die Herren Schriftgießereibesitzer in ihren Betrieben sitzen haben, desto mehr sind sie gezwungen, außer dem Hauße arbeiten zu lassen, und die Firma B. Georgi ist die einzige (bis vor kurzem) hier und Umgegend in Betracht kommende Stempelschneiderei.

Herr Georgi fängt die um Stellung sich bewerbenden Kollegen also ganz einfach nach Strich und Faden ab. Wie er dies treibt, mögen folgende Beispiele beweisen:

Vor Weihnachten 1905 hatte ein Kollege, welcher bei Herrn Georgi gelernt hatte und damals in Berlin arbeitete, an mehrere Frankfurter und Offenbacher Schriftgießereien wegen Stellung geschrieben. Herr Georgi ergriffte dies in der Werkstatt mehreren Kollegen und fügte hinzu:

„Ich habe dafür gesorgt, daß er nicht engagiert worden ist, er mag noch ein Weilschen draußen bleiben.“ Der Kollege war Offenbacher. Er ist durch die Schließung seines Schreibereis auf lange Zeit verhindert, sich in seiner Heimat niederzulassen, denn in den hiesigen Schriftgießereien wird man ihm vorläufig immerhin einiges Mißtrauen entgegenbringen. Ferner wurde voriges Jahr in einer Frankfurter Schriftgießerei ein Meister für die Gravierabteilung gesucht. Die Sache war mit einem auswärtigen Kollegen, welcher früher einmal bei Herrn Georgi gearbeitet hatte, schon ziemlich perfekt; doch zum Schluß ging sie in die Brüche — man hatte Herrn Georgi zu Rate gezogen. Auch in diesem Falle erzählte er selbst, daß er das Engagement hintertrieben habe. Herr Georgi scheint sich viel auf diese noble Handlungsweise einzubilden, sonst würde er sich wohl nicht so damit vor seinem Personale brüsten.

Vor längerer Zeit hatte er von einem Kollegen gehört, welcher schon einige Zeit in einer Offenbacher Schriftgießerei in Stellung war. Dieser wurde nun per Telefon „verpiffen“. Es ist ja an sich nicht schlimm, wenn man sich durchs Telefon über irgend eine Person unterhält. Doch sonderbarer Weise lag dieser Kollege einige Tage darauf auf dem Pflaster, denn: „Sie haben den und den engagiert? Da haben Sie aber einen Kauf gemacht. Wie können Sie denn den Mantt engagieren!“ und ähnliche harmlose Ausprüche waren durch den Draht geflogen.

Herr Georgi führt das Amt eines Arbeitervermittlungsgenossen für die hiesigen Schriftgießereien wirklich peinlich genau aus. Hat er doch Offertbriefe von Kollegen, die an Schriftgießereien gerichtet sind, oder mindestens Abschriften von denselben in seinem Archive. So kam es vor, daß Herr Georgi eine Offerte, welche ein Kollege an eine Gießerei gerichtet hatte, diesem bei seinem Eintritte in das Arbeitsverhältnis (bei Georgi) vorgelesen hat. Dieser Herr scheint überhaupt Offerten, die vielleicht etwas eigenartig abgefaßt sind, anderen gern vorzulesen, um so die Kollegen vor einander bloßzustellen. Getan hat er dies schon des öftern.

Die Kollegen der Schriftgießereibranche werden also nach vorstehendem wissen, was sie bei Stellungsangeboten in Frankfurt-Offenbach zu tun haben, und werden hiermit gebeten, Herrn Georgi die Vermittlungen, Zugang nach hier fernzuhalten, möglichst zu erleichtern und von selbst fernzubleiben. Herr Georgi genießt ja das Vertrauen der Herren Schriftgießereibesitzer und wird denselben bei Gehilfenmangel schon mit Rat und Tat beizustehen wissen. Uebrigens hat Herr Georgi jetzt eine Matrizenbohrmaschine und Justieranstalt; da braucht er sowieso bald keine Stempelschneider und Zeuggraveure mehr.

Offenbach a. M.

H.

## Korrespondenzen.

**Bielefeld.** (Bezirksversammlung.) Zu der nach Paderborn (Hotel „Zum Fürsten Woldeborn“) einberufenen dritten Bezirksversammlung waren Kollegen aus den folgenden Mitgliedstaaten erschienen: Bielefeld 76, Bünde 6, Detmold 14, Halle i. W. 3, Herford 12, Hörter 1, Lemgo 2, Pippstadt 5, Sübbede i. W. 2, Minden 6, Deynhäuser 2, Paderborn 10, Rahden 2, Rietberg 1, Salzaufen 1. 18 Ausnahmebesuche in der Verband wurden dem Gaurvorstande zur Verantwortung überwiesen. Die aufmunternden Worte des Vorsitzenden Franz, die dieser an die in größerer Anzahl erschienenen Nichtmitgliederrichtete, hatten den Erfolg, daß zwei von den Erschienenen ihren Beitritt zum Verbands erklärten. Hoffen wir, daß das kleine wadere Häuflein unserer Verbandsmitglieder in Paderborn in Bälde noch mehr Mitstreiter für unsere Sache gewinnt. Des weitern wurde der Versammlung noch das günstige Resultat bekannt gegeben, das eine unternommene Agitation nach Pippstadt zu verzeichnen hatte. Auch von dort kann mit Genugthuung konstatiert werden, daß mehrere Kollegen die Ueberzeugung gewonnen haben, nur durch unsern Verband in der Lage zu sein, sich ihre wichtigsten Lebensinteressen wahren zu können. Auch in die Pippstädter neugewonnenen Kollegen ist die Erwartung gesetzt, daß sie ihre besten Kräfte einsetzen werden, um durch eine weitere vernünftige Agitation alle noch für uns in Betracht kommenden Kollegen um unsere Fahne zu führen. Der den Lesern bereits bekannte Konflikt mit der Firma J. A. C. Bruns-Minden zeitigte längere Debatten und muß man sich vorläufig mit den aus dieser Sache entwickelten Verhältnissen leider zufriedener geben. Den Mindener Kollegen wurde aufgegeben, in Zukunft bei ähnlichen Vorkommnissen mit größerer Voracht zu Werke zu gehen. Den Hauptpunkt der Versammlung bildete Punkt 2 der Tagesordnung: „Berichterstattung über die Kreisversammlung des Tarifkreises II in Kreisfeld“, zu welchem Kollege Franz das Referat übernommen hatte. In einstündiger Dauer gab der Redner einen vorzüglichen Bericht von der stattgehabten denkwürdigen Versammlung. Reiches Applaus wurde dem Referenten am Schluß seines Vortrages zuteil. Des beschränkten Raumes wegen erübrigt sich wohl hier eine Repetition des Referates, ebensowenig wollen wir die Interessiertheit eines großen Teiles der Kollegen, der es nicht der Mühe wert hielt, zu dieser gewiß wichtigen Versammlung zu erscheinen, unterlassen. Anschließend an das Referat setzte eine rege Debatte ein, in der sich die daran Beteiligten einmündig erklärten mit den in Kreisfeld gefaßten Beschlüssen. Die Versammlung gab sich der berechtigten Hoffnung hin, daß unsere Gehilfenvertreter ihr möglichstes tun werden, um die von der Allgemeinheit aufgestellten, gewiß nur minimal zu nennenden Forderungen bei den andern verträglichsten Teile durchzubringen. Dem Kassierer Holz wurde für seine Rechnungslegung Decharge erteilt. Wenn sich auch die Zahl der Restanten vermindert hat, so gibt es immer noch eine Anzahl von Kollegen, die der Meinung sind, das Recht zu besitzen, durch fortwährendes Restieren die Arbeit des Kassierers zu erschweren. Zu diesen sich ihren Pflichten nicht bewußten Kollegen gehört natürlich nicht jener Teil, der durch eingetretene mißliche wirtschaftliche Verhältnisse mit seinen Beiträgen im Rückstande ist. Hoffentlich haben sich bis zur nächsten Bezirksversammlung die Verhältnisse so gebessert, daß die Verlesung der Restantenliste unterbleiben kann. Der nächste Punkt: „Geldbewilligungen“, fand unveränderte Annahme durch die Versammlung bis auf den Antrag Bünde: „Deckung der durch den Schriftseker Richard Markert veruntreuten Beiträge in der Höhe von 60,80 M. aus der Bezirkskassette.“ Die Versammlung konnte sich für diesen Antrag der Bänder Kollegen jedoch nicht erwärmen, es wurden dieselben zur Tragung eines Drittels der unterschlagenen Summe verpflichtet. Dieser Fall lehrte wiederum, sich die zur Annahme eines solchen Vertrauenspostens vorgeschlagenen Kollegen etwas genauer anzusehen. Da man sich ziemlich viel von dem agitatorischen Werte versprach, die eine nochmalige Bezirksversammlung in Paderborn im Gefolge haben könnte, so wurde wieder genannter Ort für die nächste Bezirksversammlung bestimmt. Mit dem üblichen Hoch auf den Verband wurde die anregend verlaufene Versammlung nach vierstündiger Dauer geschlossen.

**Beit Bonn.** Zu unserer dritten Bezirksversammlung am 26. August in Siegen hatten sich 120 Mitglieder aus allen Teilen des Bezirks eingefunden. Trotz des Hochsommers war die in der vorigen Versammlung erreichte Mitgliederzahl von 300 nicht nur auf ihrer Höhe geblieben, sondern hatte sich noch um einige vermehrt. Könnte man in dieser Hinsicht also mit der Entwicklung des Bezirks zufrieden sein, so stehen doch noch viele Kollegen unserer Reihen fern, und diese von der Notwendigkeit des Anschlusses an den Verband zu überzeugen, muß, wie der Vorsitzende bei seinem Berichte ausführte, Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes sein. Aus den einzelnen Ortsvereinen lauteten die Berichte kurzweg günstig. Der Versammlungsbesuch und das kollegiale Leben waren gut zu nennen, mit Ausnahme von Kreuznach, von wo über schlechten Versammlungsbesuch geklagt wurde, und von Siegen, wo die Versammlungen zwar recht gut besucht werden, jedoch die Frage des Anschlusses an das Gewerkschaftsstatut zwei Richtungen unter den Kollegen gebildet hat. Hoffentlich sehen die Kreuznacher Kollegen ein, daß besonders für die nächste Zukunft nichts notwendiger als Einigkeit. Weiter hat die stattgefundene Aussprache, bei der die Siegener ja zum allergrößten Teile anwesend waren, wohl dazu beigetragen, auch sie

zu einigen, sowohl im Interesse unserer eignen Organisation wie der Siegerner organisierten Arbeiterkraft überhaupt. In Bonn hat am 10. Juli Kollege Massini aus Berlin mit einem Vortrage über die fortschreitende Entwicklung des Verbandes den lebhaftesten Beifall der Mitglieder und einiger Nichtmitglieder gefunden. Der Ortsverein Bonn hat seine Bibliothek mit denen der übrigen freien Gewerkschaften zu einer Zentralbibliothek verschmolzen. Die trauren Vorkalenderkenntnisse in Bonn haben es notwendig gemacht, daß auch hier energisch an die Beschaffung eines Gewerkschaftshauses gegangen werden muß, und seien die Mitglieder bei dieser Gelegenheit daran erinnert, durch regelmäßigen Verkauf von „Bausteinen“ die gute Sache zu fördern. Auch in tariflicher Hinsicht wurden wieder Fortschritte berichtet, so zwei Tarifanerkennungen aus Koblenz, wovon die eine indirekt auf eine Eingabe des Ortsvereins an die Behörden zurückzuführen ist. Der Kassenbericht, der jedem Mitgliede mit der Versammlungseinladung gedruckt zugegangen war, wurde debattelos genehmigt. Die Restanten Kampmann-Siegen, Keusch-Winningen, Haethe-Siegburg (jetzt in Wiesbaden) und Heinen-Siegburg wurden dem Gauvorstande zum Ausschlusse empfohlen. Die Berichtserstattung über die am 12. August in Krefeld abgehaltene Kreisversammlung übernahm der Vorsitzende Baldus, der in klarer Weise die von der Gauvorsteherkonferenz und den Gehilfenvertretern beschlossenen Anträge zur Tarifrevision darlegte und ihre Notwendigkeit bzw. Zweckmäßigkeit eingehend begründete. Eine ausgiebige, sehr lehrreiche und nur von großen Gesichtspunkten getragene Debatte, der Sache durchaus würdig, knüpfte sich daran und zeitigte folgende einmütig angenommene Erklärung: „Die heute, am 26. August, in Siegen tagende stark besuchte Bezirksversammlung des Bezirks Bonn akzeptiert die in der Kreisversammlung in Krefeld bekannt gegebenen Anträge der Gauvorsteher- und Gehilfenvertreterkonferenz zur Tarifrevision. Die Versammlung sieht in der Erhöhung der Grundpositionen um 15 Proz. und der Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde das Mindestmaß unserer Forderungen und verpflichtet sich für die gesamten Anträge mit aller Energie einzutreten.“ Für die nächste Versammlung wurde Bonn gewählt. Als Fahrlostenentschädigung bewilligte die Versammlung unter Ablehnung des Antrages des Kassierers auf Abzug von je 50 Pf. das Fahrgehd IV. Klasse. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Ortsvereine Koblenz ein Plan zur Teilung unsers gewiß recht weitverzweigten Bezirks vorgelegt. Kollege Dinkelmeier-Koblenz begründete in eingehender Weise die Notwendigkeit der Teilung nach dem vorgelegten Plane, den auch Kollege Fauth-Neuwied empfahl. Demgegenüber legte der Vorsitzende, nachdem auch die Kollegen Richter-Siegen und Dmes-Bonn sich gegen die Teilung des Bezirks gewandt, ausführlich dar, daß eine Zerstückelung des Bezirks im Sinne der Koblenzer Kollegen durchaus nicht im Interesse der weiteren Entwicklung desselben liege und auch aus praktischen Gründen nicht befürwortet werden könne. Die am schnellsten und billigsten zu erreichenden Orte Koblenz, Neuwied, Ubernach mit benachbarten Orten würden nach dem Plane der Koblenzer abgezweigt, während die am schwersten zu erreichenden Orte Siegen, Guskirchen, Summersbach usw. dem Bezirke Bonn verblieben. Ins Auge zu fassen sei eher die Abtrennung Kreuznach und Angliederung an Mainz und eventuell die Aufteilung Siegens an Hagen. Doch bedürfe dies zunächst einer eingehenden Behandlung in den betreffenden Ortsvereinen, und erst dann könne sich die nächste Bezirksversammlung ernstlich mit der Frage befassen und eventuell eine Urabstimmung beschließen. Die von den Kollegen Dinkelmeier und Fauth gestellten Anträge, den Bezirksvorstand zu beauftragen, schon jetzt eine Urabstimmung in dieser Frage vorzunehmen, wurden seitens der Antragsteller zurückgezogen. — Im Anschlusse an die Versammlung fand eine Besichtigung der vom Ortsvereine Siegen veranstalteten Drucksachenausstellung statt und verlebten darauf, die allerdings nicht sehr zahlreich erschienen, denen der Fahrplan noch ein Verweilen gestattete, einige Stunden urgemütlichsten Zusammenseins mit den Siegern.

**Bremehaven.** Auf Veranlassung des Bremer Maschinenvereins wurde hier am 26. August eine Maschinenmeisterversammlung abgehalten zwecks Gründung eines Maschinenmeistervereins. Kollege Schweinsbein aus Bremen hielt bei dieser Gelegenheit einen sehr interessanten Vortrag über die Lage der Maschinenmeister und hob unter anderem hervor, wie dringend notwendig es sei, die schlechten Verhältnisse der Maschinenmeister zu bessern. Sehr eingehend erläuterte er auch die Anträge zur diesjährigen Tarifrevision, und wurde ihm dafür von der Versammlung allgemeiner Dank gesagt. Zum Schlusse forderte er nochmals zur Bildung eines Maschinenmeistervereins auf, es erklärten 15 Kollegen ihren Beitritt zu demselben. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Grimpe als Vorsitzender und v. d. A. als Kassierer. Die Versammlungen finden vorläufig jeden ersten Dienstag im Monate bei Lohmann in Bremehaven, Kirchenstraße, statt.

**Emmerich.** In der am 26. August im Vereinslokale „Zum König von Preußen“ abgehaltenen Vereinstlichen Versammlung waren fast sämtliche Mitglieder anwesend, u. a. waren auch zwei Kollegen aus Duisburg erschienen, darunter der Bezirksvorsitzende Luweiler, der zugleich den Gauvorstand vertrat. Der Vorsitzende Hausen eröffnete die Versammlung. Nach einer kurzen Diskussion ergriff der Bezirksvorsitzende Luweiler das Wort. In dreiviertelstündiger Ausführung legte er zum Schlusse der Versammlung ans Herz, bei etwa ausbrechenden Konflikten anlässlich der Einführung des neuen Tarifes nur Hand

in Hand zu gehen. Unter „Verschiedenes“ kamen noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache. Da sich wieder zwei Kollegen zur Aufnahme gemeldet, zählt unser Ortsverein jetzt 22 Mitglieder, und hoffentlich werden die übrigen Kollegen ihren Beitritt auch bald erklären. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden an die neuangeworbenen Kollegen endete die Versammlung.

**Essen.** (Typographische Gesellschaft.) Den wichtigsten Punkt in der Versammlung vom 23. August bildeten die Anträge zum Vertreteramt des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften in Leipzig am 23. September. Seitens des Vorstandes lagen einige Anträge der Versammlung vor, welche auch mit einigen Veränderungen angenommen wurden. Da wir aber wegen finanzieller Schwierigkeiten von einer Delegation absehen müssen, wurde beschlossen, dieselben an den Vorstand nach Berlin einzuschicken mit dem Bemerken, dieselben von einem andern Delegierten vertreten zu lassen. Auch sei noch erwähnt, daß in nächster Zeit ein Stizzier- und Kolorierturkus beginnen soll, was allseitige Zustimmung fand. Die diesjährigen Johannisfestbruderschaften lagen ebenfalls auf, welche einer eingehenden Besichtigung unterzogen wurden, woran sich eine Diskussion schloß. Der Besuch der Versammlung konnte reger sein.

**Geldern.** Nachdem vor Monatsfrist sämtliche hier in Betracht kommenden Kollegen sich dem Verbandsangehörigen, fand am 25. August im Restaurant „Union“ die konstituierende Versammlung statt. Es wurde die Ortsgruppe Geldern mit zwölf Mitgliedern gebildet. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Joh. Zint als Vorsitzender und Otto Strom als Kassierer. Sodann wurde beschlossen, monatlich eine Versammlung abzuhalten. Möge dem jungen Ortsvereine eine glückliche Zukunft blühen! — Zur Einführung des Tarifes hier am Orte ist folgendes zu bemerken: Bei Vorstellungwerden unsers Bezirksvorsitzenden Wurmman aus Krefeld erklärten sich die hiesigen beiden Firmen Schaffrath und Müller bereit, den Tarif auch hier einzuführen und baten um demnächstige weitere Verhandlung. So steht zu hoffen, daß auch hier bald gesunde Zustände eintreten.

**t. Heiligenstadt.** Auch von hier aus, dem sogenannten „dunkeln Erdteile“ (unter diesem Namen hauptsächlich in der Buchdruckerwelt bekannt), wo schon seit langen Jahren das Verbundsleben ausgestorben war, mögen etliche Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangen, welche von Interesse für die Allgemeinheit sind. In Anbetracht der teuren Lebensweise, welche auch in unsern kleinen Landstädtchen überhand nimmt, entschlossen sich eine Anzahl Kollegen, dem Beispiele des großen Ganzen folgend, sich zu organisieren. Infolge dessen wurden die Kollegen der Bayerischen Buchdruckerei und Unerkennung des Tarifes, hauptächlich, die hiesigen Firmen die „Reinhold“ und „Zur Heiligenstadt“, dieses ist vor allem der Interaktion, des Herrn Faktor Böche zu verdanken. Eine allgemeine Besprechung sämtlicher Kollegen beider Firmen am 29. Juli im „Eichsfelder Hof“, wozu auch der Gauvorsteher Palm-Weimar und der Bezirksvorsitzende Langloß-Gotha erschienen waren, hatte einen schönen Erfolg. Gauvorsteher Palm verbreitete sich im allgemeinen über Zwecke und Ziele des Verbandes, die Lohnkämpfe und den Werdegang des als Resultat derselben zu betrachtenden Tarifwesens vor Augen zu führen, und gab einen Ueberblick von dem heutigen Stande der Dinge, wo der Verband mit Stolz auf seine nunmehr 40-jährige Tätigkeit zurückblicken könne. Nach einigen ergänzenden Bemerkungen des Bezirksvorsitzenden Langloß trat die Versammlung in eine lebhafteste Diskussion ein, nach dessen Verlaufe sich elf Kollegen bereit erklärten, dem Verbands beizutreten. — Einer Einladung zwecks Gründung eines Ortsvereins in „Ständers Restaurant“ an sämtliche Kollegen hatten die Mitglieder Folge geleistet; jedoch hatten es alle Kollegen der Cordierschen Buchdruckerei vorgezogen — bis auf einen, welcher bereits Mitglied ist — durch Abwesenheit zu glänzen. Man sollte doch meinen, in einer Zeit, in der die Existenzfrage der Gehilfen sich schwieriger gestaltet, hätte man doch mehr Interesse für derartige Dinge. Wenn auch einige Kollegen den Bestrebungen des Verbandes sympathisch gegenüberstehen, so ist es doch die Mehrzahl, die mit den Verhältnissen in genannter Druckerei zufrieden ist. Der Inhaber dieser Druckerei, Verlag eines Zentrumsblattes („Mitteldeutsche Volkszeitung“), welcher seine Zeitungsspalten der christlichen Arbeiterbewegung widmet und hauptsächlich die Lohnbewegungen hervorhebt, macht dem alten Schandriane in seiner Dffizin kein Ende. Er sollte doch besonders in seinem Geschäft mit einem guten Beispiele vorangehen, denn seine pekuniären Verhältnisse erlauben ihm dies ja, zumal er doch „Typograph des heiligen apostolischen Stites“ ist — aber nur katholisch bis an den Geldbeutel! Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, bis auch in diesem Geschäft der Tarif Eingang gefunden hat. Nach Eröffnung der Versammlung durch Kollegen Reinhardt wurde zur Vorstandswahl geschritten. Diese Wahl zeitigte Kollegen Th. Holtentrot als Vorsitzenden und Kollegen Garbdt als Kassierer. Sodann wies der neugewählte Vorsitzende auf die Bedeutung eines Ortsvereins hin und ermahnte die Kollegen, als würdige Mitglieder unserer Organisation jederzeit ihrer Pflichten bewußt zu sein. Gerade Heiligenstadt sei von jeher das „Schmerzgenkin“ des ganzen Bezirkes gewesen, und gab Redner der Hoffnung Ausdruck, daß es dem jungen Ortsvereine gelingen möge, bessere Verhältnisse am hiesigen Orte zu schaffen. Sein Hoch galt dem neuen Ortsvereine. Kollege Schürmeyer ermahnte zur Einigkeit und brachte zum Schlusse ein Hoch auf den Verband aus. Nach einigen internen Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Bezirk Koburg.** Am 26. August fand eine Außerordentliche Bezirksversammlung in der Restauration „Zur Bucht“ in Hilburgshausen statt. Zu derselben waren 72 Kollegen erschienen, und zwar aus Koburg 16, Meiningen 20, Hilburgshausen 32, Eisfeld 2, Themar und Rodach je 1. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Bezirksvorsitzende A. Kaufherr dem unlängst auf einer Erholungstour im Thüringer Walde öffentlich und unerwartet erschienenen Kollegen Fritz Meißner warme Worte ehrenden Gedenkens, hauptsächlich die 25-jährige Zugehörigkeit des Heimgegangenen zu unserm Verbands erwähnend. Hierauf wurde der erscheinene Referent, Gehilfenvertreter König-Halle, begrüßt. Der Rechenschaftsbericht für das 1. und 2. Quartal 1906 sowie für denselben Zeitraum auch der für die Bezirkskasse gelangten zur Verfügung und zur Auflage. Dem Bezirkskassierer Meißner-Koburg wurde Entlastung erteilt. Hierauf erhielt unser Gehilfenvertreter König-Halle das Wort. Derselbe referierte in eineinhalbstündigem Vortrage zunächst über die Tarifgemeinschaft, da auf erfolgte Einladung sieben Nichtmitglieder der Druckerei von Gadow & Sohn-Hilburgshausen erschienen waren, und sprach seine Ansicht dahin aus, daß es ihn sehr wundern müßte, daß diese Nichtmitglieder bis jetzt noch nicht den Mut gehabt, den einzig richtigen Weg für ihre ferneres Fortkommen zu finden, nämlich dem Verbands beizutreten. Hierauf erstattete der Referent über die abgehaltene Gauvorsteherkonferenz und über die Kreisversammlung in Halle am 12. August eingehenden Bericht. Lang anhaltender Beifall wurde den trefflichen Ausführungen des Redners zu teil. Da in der Diskussion niemand das Wort verlangte und man somit mit dem Gehörten sich einverstanden erklärte, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 26. August in Hilburgshausen tagende zahlreich besuchte Buchdrucker-Versammlung des Bezirks Koburg nimmt mit Befriedigung von den Ausführungen ihres Gehilfenvertreter Kenntnis. Die Versammelten erwarten von den Gehilfenvertretern im Tarifschlusse tatkräftiges Eintreten für die gestellten Gehilfenforderungen, andererseits verprechen die Anwesenden, auch mit allen gesetzlichen Mitteln für die Verwirklichung derselben einzutreten. Weiter verurteilt die Versammlung mit aller Entschiedenheit das Gebahren der Thüringer Zeitungsverleger als im höchsten Grade gewerbeschädigend und rücksichtslos.“ Ein vom Ortsvereine Hilburgshausen gestellter Antrag auf einen Sozialschlag von 5 Proz. wegen allgemeiner Teuerung dajelbst wird vom Gehilfenvertreter König-Halle bei den Verhandlungen vertreten werden. Der Vorsitzende des Ortsvereins Hilburgshausen, Kollege E. Wegner, forderte nochmals die erschienenen Nichtmitglieder auf, wenn es gilt, den Tarif zur Einführung zu bringen, auf dem Posten zu sein; dies sei ein leichtes, wenn ein jeder nichtorganisierte Buchdrucker sich dem Verbands anschließe. Nachdem noch vorstehende kleinere Fragen, wie Fahrgehdentschädigung usw., ihre Erledigung gefunden, wurde die Versammlung mit einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband durch den Vorsitzenden geschlossen. Die nächste Bezirksversammlung findet in Koburg statt. Als erfreuliche Tatsache ist noch zu berichten, daß von den erschienenen Nichtmitgliedern drei sofort unserer Organisation beitraten, die übrigen ihren Beitritt in Aussicht stellten.

**S. Konstanz.** Zwecks Entgegennahme des Berichtes von der Gauvorsteherkonferenz und Stellungnahme zu den von derselben gestellten Anträgen, fand am 26. August unter Anwesenheit des Gauvorstehers Lindenlaub-Freiburg im „Germaniahaale“ hier eine Bezirksversammlung statt. Leider kann hier, trotzdem es die Wichtigkeit der Tagesordnung für notwendig erscheinen ließ, nicht, wie andernorts von einem außerordentlich starken Versammlungsbesuche geredet werden. Waren außer den Bezirkskollegen, die nahezu vollständig erschienen, noch Kollegen von Billingen vertreten, so fehlte von den Konstanzer Mitgliedern beinahe ein Drittel, und es darf gesagt werden, mit Ausnahme von wenigen Kollegen, welche am Erscheinen verhindert, waren es meist obligatorische Versammlungsschwänzer, die diese hochwichtige Versammlung ignorierten. Ein trauriges Bild, jedesmal zu sehen, wie alte, ergaute Kollegen mit Interesse den Versammlungen anwohnen, während jüngere, gewerkschaftlich rüchständige Mitglieder, die sich sehr wohl ihrer Rechte, nicht aber ihrer Pflichten dem Verbands gegenüber bewußt sind, demonstrativ jeder Versammlung fern bleiben, und nachher über jeden Beschluß eine verständnislose Kritik zu entfalten und damit unter den Offizinskollegen allerlei Unannehmlichkeiten heraufzubeschwören. Ist dieses Verhalten in ruhigen Zeiten schon zu rügen, so muß es bei der gegenwärtigen Tarifbewegung, wo es gilt, den Verbandsleitern zu zeigen, daß sie geschlossene Reihen hinter sich haben, geradezu als Gipfel der Ineffektivität bezeichnet werden. Mit gespannter Aufmerksamkeit wurden seitens der Anwesenden die Ausführungen des Gauvorstehenden verfolgt und mit stürmischem Beifalle belohnt. Nach längerer Diskussion gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heutige Bezirksversammlung des Bezirksvereins Konstanz nimmt dankend Kenntnis von dem durch den Gauvorsteher Lindenlaub erstatteten Referate über die Gauvorsteherkonferenz. Sie erklärt sich mit den Beschlüssen einverstanden und beauftragt die Gehilfenvertreter, ihnen das unbedingte Vertrauen auszusprechen, energisch für die beschlossenen Forderungen einzutreten. Sie verpflichtet, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung der Beschlüsse einzutreten.“ Die Kollegen ermahnen, imbedacht aller Ereignisse hinter den Gehilfenvertretern zu stehen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband.

**r. Pforzheim.** In einer am 26. August im Saale zum „Oberen Engel“ hier abgehaltenen Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung, in welcher außer den hiesigen, ziemlich zahlreich erschienenen Kollegen auch Kollegen aus Neuenburg (5), Waiblingen a. S. (6), Wilbbad (6), Leonberg (3), Calw (2), Nagold (1) und Maulbronn (1) vertreten waren, wurde Stellung zu den Anträgen für die bevorstehende Tarifrevision genommen. Nachdem zur Eröffnung der Versammlung der hiesige, erst kurze Zeit bestehende Gesangverein Gutenberg das Lied „heil Gutenberg“ zu Gehör gebracht, eröffnete der Vorsitzende Oberle des hiesigen Ortsvereins die Versammlung, begrüßte die Erschienenen, insbesondere die aus Referenten genommenen Gehilfenvertreter unferes Kreises, Gauverwalter Knie-Stuttgart, und erteilte nach Feststellung der oben bezeichneten Präferenzliste dem Kollegen Knie das Wort. Fesselnd und in klaren, leicht verständlichen Worten entlegte sich der genannte Redner in ein- und halbstündigen Ausführungen seiner Aufgabe und durch starken Beifall sowie Erheben von den Sätzen wurde ihm der Dank der Versammelten ausgedrückt. Nach einer kurzen Diskussion, in der besonders die Worte des Kollegen Dittus beherzigenswert waren, wurde folgende Resolution angenommen: „Mit den zur bevorstehenden Tarifrevision gestellten Anträgen erklärt sich die am 26. August im Saale zum „Oberen Engel“ in Pforzheim abgehaltene Allgemeine Buchdrucker-Versammlung, in der die Druckorte Pforzheim, Neuenburg, Wilbbad, Waiblingen a. S., Leonberg, Maulbronn, Calw und Nagold vertreten sind, einverstanden, bringt den berufenen Gehilfenvertreter volles Vertrauen entgegen und erwartet, daß dieselben alle Kräfte einsetzen, um die gestellten minimalen Forderungen zur Annahme zu bringen. Gleichzeitig erteilt die Gehilfenschaft Pforzheims dem Gehilfenvertreter des Kreises IV, Kollegen Knie-Stuttgart, den Auftrag, für Pforzheim eine Erhöhung des bestehenden Sozialzuschlags um 10 Proz. zu beantragen, da Pforzheim gegenüber den größeren nächsten Druckstädten Stuttgart und Karlsruhe an Feuerung aller Lebensmittel in seiner Beziehung nachsteht, ja sogar in manchem sie übertrifft.“ Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war: Aussprache über die Gründung eines Bezirksvereins. Hauptsächlich wegen dieses Punktes waren die Kollegen aus der näheren und weitem Umgebung so zahlreich erschienen. Kollege Dittus-Pforzheim führte den Zweck der Gründung eines Bezirksvereins vor Augen und wurde er von einigen Rednern aus der Provinz freudig unterstützt; denn gerade die Kollegen in den kleinen Provinzorten hätten ohne das Bestehen eines Bezirksvereins sehr wenig Anschluß und werden deshalb immer etwas stiefmütterlich behandelt. Eine in Würde abzuhaltende Vertreter-Versammlung der in Betracht kommenden Druckorte wird die Säugungen usw. beraten und Gauverwalter Knie hat bereits sein Erscheinen zu der Sitzung, welche nach den Tarifverhandlungen stattfinden soll, zugesagt. Nachdem noch Kollege Dittus in warmen Worten den Kollegen Knie gefeiert, wurde die sachlich und ruhig verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden Oberle mit einem kräftig ausgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

**Schweinfurt.** Ein denkwürdiger Tag war der 26. August für die hiesige Mitgliebschaft. Fast ein Jahrzehnt war es her, seit diese einen Vertreter des Gauverbandes in ihrer Mitte begrüßen konnte. In einer würdigen Versammlung, zu der sämtliche Mitglieder erschienen waren, reseritierte Gauvorsteher Seih in mehr als einstuündigem Vortrage über die von der Gehilfenvertreter- und Gauvorsteherkonferenz gestellten Anträge zur Tarifrevision. Unter dankbarer Anerkennung der umfassen und sehr instruktiven Arbeit, welche die Konferenz in ihren Anträgen dokumentiert, erklärte sich die hiesige Mitgliebschaft mit denselben einverstanden, zumal sie ihre zuvor geäußerten Wünsche im allgemeinen berücksichtigt fand. Aber mit ganz besonderer Lebhaftigkeit wurde der Antrag auf Erhebung eines Sozialzuschlages vertreten, der für den Indubioziet Schweinfurt mit selbst behördlich anerkannt teuren Wohnungs- und Lebensmittelpreisen seine unüberlegbare Berechtigung hat. In der zuverlässigen Hoffnung, daß die eingeleitete Tarifrevision auch für die hiesige Gehilfenschaft eine merkwürdige Besserung ihrer Lage bringen werde, und mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung beendet.

**Würzburg.** Am 25. August fand hier abermals eine Versammlung statt, welche sich mit den Anträgen zur Tarifrevision beschäftigte. Als Referent hierzu war unser Gauvorsteher Seih genommen, der den in ganz außerordentlich zahlreicher Weise erschienenen Kollegen seinen mit großem Beifalle aufgenommenen Bericht erstattete. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die heutige Mitglieder-Versammlung sagt ihrem Gehilfenvertreter Seih Dank für erstattetes Referat zu den Anträgen für die Tarifrevision und setzt die Würzburger Gehilfenschaft volles Vertrauen in ihre Vertreter bei den kommenden Tarifberatungen.“ — Die sich zurzeit in der Rolle der „Christlichen“ fallenden Gutenbergbündler hätten selbst gegen ein angemessenes Eintrittsgeld Einlaß begehrt; selbstverständlich wurde aus Kleinlichkeitsgründen diesem Ansuchen nicht stattgegeben.

## Rundschau.

Die neueste Statistik des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker, aufgenommen im Monat März dieses Jahres, ist soeben erschienen. Abweichend von den früheren, für die Beurteilung der gewerblichen Verhältnisse so überaus wichtigen statistischen Erhebungen wird

die Statistik von 1906 nicht im „Korr.“ zum Abdrucke gelangen, sondern es ist jeder Gehilfe und jeder Prinzipal gehalten, sich dieselbe um den geringen Preis von 15 Pf. (einschl. Porto) zu beschaffen. Diese Neuierung hat ihre guten Gründe: einmal ist der vollständige Abdruck für die Organe des Tarifausschusses zu umfangreich, und zum andern macht sich die Aufbewahrung einer besondern Druckskrift für jeden leichter als z. B. die einer Nummer des „Korr.“, wo die Statistik vom Hauptblatte in die Beilage oder in den eingelegten Bogen übergehen würde. Die Statistik von 1906 erstreckt sich über 1382 Druckorte und umfaßt 5022 Firmen mit 51.672 Gehilfen, wobei Elsaß-Lothringen einbezogen fand. Ihre Anlage ist eine gegen die früheren Erhebungen bedeutend weitergehende. Es sind die Größenverhältnisse der Druckereien, die Zahl der in Betrieb befindlichen Buchdruckmaschinen, die Korrektoren und Stereotypen mit ihren Lohnverhältnissen vermerkt. Weiter nimmt die Darstellung der Bezahlungsverhältnisse einen bedeutend größeren Raum wie früher ein, auch sind die Faktoren, Korrektoren, Obermaschinenmeister und Maschinenleger nicht mehr unter der Rubrik „Gehilfen“ gezählt worden, sondern sind, zusammen 5478 Personen, besonders aufgeführt. Dadurch ist es auch möglich geworden, daß die Bezahlungsweise der im gewissen Gelde beschäftigten Gehilfen prägnanter zum Ausdruck kommt. Demnach werden 12412 Gehilfen zum und 25.636 über Minimum entlohnt; in letztere Ziffer sind die 5914 tarifmäßig Berechnenden sowie die 5478 Faktoren, Korrektoren, Obermeister und Maschinenleger also nicht eingeschlossen. Insgesamt würden mithin den 12412 zum Minimum Entlohten 37028 mit übernormaler Bezahlungsweise gegenüberstehen. Die Arbeitszeit ist für 47279 Gehilfen die tarifmäßige. Die Bezahlungskala wird von 1322 Firmen mit 1965 Lehrlingen überschritten. Bei der größten Ausdehnung, welche die diesmalige Statistik erfahren, konnte auch tiefer in die Bezahlungsverhältnisse der Provinz hineingeleuchtet werden, daher die auf den ersten Blick befremdende Zunahme der Ueberschreitungen der Bezahlungskala. Es wird sich wohl Gelegenheit bieten, später des öftern auf diese Widerspiegelung unserer beruflichen Verhältnisse zurückzukommen. Für heute wollen wir uns nur noch dem Bauern des Tarifamtes anschließen, daß die Statistik trotz der erfahrenen anerkanntwertigen Erweiterung doch nicht die gewünschte Vollkommenheit erreicht hat; 1587 tariftreue Prinzipale und 3456 dergleichen Gehilfen haben z. B. nicht einmal auf die ihnen zum zweitenmale zugesandten Fragebogen reagiert. Diese betrübende Tatsache wollen wir nicht verläumen, hier preiszugeben. Hoffentlich wird die Statistik aber nun um so lebhafter verlangt werden, denn unsere Erachtens ist dies in 25 Tabellen übersichtlich zusammengefaßtes Ziffernmaterial, durch entsprechenden Text erläutert, unentbehrlich. Der Preis ist mit 15 Pf. gewiß nicht zu hoch, und die Verhältnisse werden sicherlich durch größere Bestellungen den Mitgliedern den Bezug wie dem Tarifamte den Versand erleichtern helfen.

Das Verpflichten und Einhalten des Tarifes wird nur von den Druckereien verlangt, wo Mitglieder des Gutenbergbundes stehen“, schreibt in beifender Selbstironie der „Typograph“ in seiner neuesten Nummer. Wenn es wahr ist, was der Gutenbergbund jedes Vierteljahr dem „Reichsarbeitsblatt“ über seinen Mitgliederstand berichtet — wir bezweifeln nach wie vor die Richtigkeit dieser Angaben —, dann würde der Tarif nur in den paar hundert Druckereien eingehalten, wo die fraglichen 2700 Bündler stehen. Von 8500 Druckereien überhaupt würden dann etwa 8900 Nichttarifdruckereien sein. Nach dieser Logik, die nur in dem altersschwachen Gehirn des Redakteurs des „Typograph“ oder dem eines seiner Hauptstützen möglich ist, gäbe es im Buchdruckgewerbe doch dann überhaupt keine Tarifgemeinschaft und keine tarifliche Ordnung, sondern überall nur schlimme Anarchie, wildes Drunter und Drüber, aus welchem Chaos die 100 bis 200 mit Bündlern besetzten Druckereien nicht einmal aufzutauschen und sich abzugeben vermöchten, weil die chaotische Mehrheit eine zu überwältigende wäre. Solche pyramidalen Dummheiten werden den Mitgliedern des Gutenbergbundes von ihrem Organe (das nur kurze Zeit der Wahrheit die Ehre gab durch Fortlassung des Passus in seinem Titel: „Zeitung der Nichtverbandsgehilfen Deutschlands“, jetzt sich denselben zum Gaudium der Nichtverbandsmitglieder aber wieder annahmt) mit aller Seelenruhe zum Hinunterwirren serviert. Nun, ganz so dumm wie die Schelmen an der Spitze des Gutenbergbundes sind ja die Mitglieder doch nicht, wofür der aufgelagene bündlerische Ortsverein in Blauen ja wiederum Zeugnis ist. Und für diejenigen im Gutenbergbunde, die das Denken noch nicht ganz verloren haben, sei hiermit festgestellt, daß der „Typograph“ nichts zu sagen mußte auf die in Nr. 100 des „Korr.“ in Erinnerung gebrachte Einschätzung des Bundes als Gegenstück von Kollegialität und Solidarität durch seine jetzigen Freunde Städter, Mumm, Behrens usw. Auch wußte der „Typograph“ nichts auf unre Vorhaltung zu erwidern, daß er seinerzeit die christlichen Gewerkschaften wie die evangelischen Arbeitervereine wegen ihrer die Arbeiterschaft zerpflückenden Tendenz strikte verwarf. Und daß ferner der „Typograph“ stumm wie ein Ferkel darüber blieb, warum er in M.-Gladbach so wenig beliebt ist und sein Anschluß an die christlichen Gewerkschaften so viele ordentliche und außergewöhnliche Instanzen beschäftigten muß. Wir können den Mitgliedern des Gutenbergbundes, die sich nicht mit den sauberen Schaumschlägerien des „Typograph“ begnügen, verraten, daß noch keine Sonderorganisation solche Schwierigkeiten bei ihrer Aufnahme in die christlichen Gewerkschaften gefunden und noch keine

Arbeitergruppe sich dort so schimpflich anbetteln mußte als der Gutenbergbund. Es muß eine schwere Menge von Gründen gegen die Aufnahme des jetzt so schon tuenden Bundes sprechen, der nach dem Stommelschen Rettungselend Hoffäh sich ja gar nicht an die christlichen Gewerkschaften, sondern nur „an den Pfanzfurter Arbeiterkongress“ anschließen wollte. Die hanebüchene Geleiten des „Typograph“, der beispielsweise in seiner vorletzten Nummer unter der Rubrik „Technisches“ in zwei Notizen „unseren Kollegen im Maschinenlaale“ Rat erteilt in Fragen, die ausschließlich auf den Steinbruch bezug haben, werden dabei noch am leichtesten wiegen. Aber die Vergangenheit des Bundes, vor der selbst dem warmherzigen und gegen Sünder so großmütigen Identitäten Mumm schäubert, daß er gefittentlich nur von dem gegenwärtigen Bestreben des Bundes spricht! Aber auch damit wird die Reihe der Bedenken bei den christlichen Gewerkschaften gegen den Gutenbergbund noch nicht erschöpft sein; daß man die buchdruckerlichen Luftenleiter nur schon über ein Jahr zwischen Hängen und Wanken läßt, muß wirklich die ernsthaftesten Gründe zur Ursache haben. Vielleicht erzählt uns der „Typograph“ einmal über den Stand der Anschließungsangelegenheit des Gutenbergbundes . . .

Vorsicht bei Aufnahmen in den Verband ist eine Mahnung, die wir auf Grund eines besondern Falles den Verbandsfunktionären dringen anempfehlen möchten. Aber nicht nur diesen, sondern allen Kollegen; denn die Veröffentlichungen der Aufnahmegesuche im „Korr.“ verfolgen doch den Zweck, daß jedes Verbandsmitglied einen etwa berechtigten Einwand gegen die Aufnahmefähigkeit eines sich Meldenden an der stets angegebenen Stelle erheben soll. Durch den „Typograph“ wurden wir darauf aufmerksam gemacht, daß in Siegen i. W. sich ein Drucker Paul Pinterk aus Großenhain i. S. zum Beitritte in den Verband gemeldet hat. Wir nehmen als gewiß an, daß von Chemnitz oder von Zwickau aus Protest gegen dieses Aufnahmegesuch eingelegt worden ist, denn der Pinterk ist nicht nur im vergangenen Jahre bei Haun & Sohn in Reichenbach i. S. als Streikbrecher tätig gewesen, sondern hat auch einem Steinbrucker wegen „Arbeitswilligenbeleidigung“ zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Diese Erinnerung des Bündlerorgans stimmt durchaus mit den Tatsachen überein, wie wir uns durch Nachschlagen im „Korr.“ sogleich überzeugt haben. Einen solchen Menschen nach kaum Jahresfrist in unsere Organisation aufzunehmen, ist natürlich ganz ausgeschlossen und wird ja wohl auch in Siegen nach diesem Grundsatze verfahren worden sein, weswegen wir auch auf die dämlichen Bemerkungen der „Typograph“ Gesel nicht den geringsten Wert legen. Aber zur Vorsicht zu mahnen bei Aufnahmen und zur Beachtung der Aufnahmegesuche im „Korr.“ ist dieser Fall gewiß angetan.

Die Schädenerantwortlichkeit des Maschinenmeisters war Gegenstand eingehender Prüfung anstehend durch das Gewerbegericht in Berlin, das zu einem bemerkenswerten Entschiede in der fraglichen Angelegenheit gelangte. Mangels spezieller Berichterstattung berichten wir nach der „Bremer Bürgerzeitung“ über den Fall das Folgende: In einem Rechtsstreite S. kontra A. war der klagende Buchdruckmaschinenmeister im Wege der Widerklage für einige Maschinen Schäden verantwortlich gemacht worden. Die Kammer VIII des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schöden gab der Widerklage nur zum Teile statt, indem es den Widerbeklagten zur Zahlung von 10 Mk. verurteilte. Dabei sprach das Gericht grundsätzlich aus: Der Arbeiter, der eine Maschine bebene, könne nicht für jeden Schaden, den die Maschine während des Betriebes erleide, verantwortlich gemacht werden. Mindestens müsse ihm Fahrlässigkeit nachgewiesen werden. Das sei nicht geschehen in dem einen Falle, der eine Ziegelbuchdruckmaschine betraf. Aber auch in dem zweiten Falle könnte er nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß ein Fremdkörper mit durch die betreffende Maschine gedreht wurde, was zur Beschädigung führte. Verantwortlich sei er aber für den weiteren Schaden an dieser Maschine, der dadurch entstanden sei, daß er sie nach Versuchen, aufgestaute Föhne wieder in Ordnung zu bringen, weiter drucken ließ. Deshalb die Verurteilung zu 10 Mk. angemessenen Schadenersatz.

Übermals abgebligt! Der Tarifsignorant Tille hatte seine Schreibereien gegen die Tarifgemeinschaft auch an die Handels- und Gewerbeämter von Unterfranken gesandt. Es war ein recht anfändiger Stoß Papier, welcher in der letzten Sitzung vorgelegt wurde. Die Kammer machte einfach Manufaktur daraus. Sie begnügte sich lediglich mit der Mitteilung, daß „von Herrn Tille Zusendungen gekommen seien“, verzichtete auf Verlesung derselben und beschloß Zurücklegung zu den Akten — also in den Papierkorb.

Eine Raster-Bühnengesellschaft ist als Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapitale von 550000 Mk. am 18. August in Hamburg gegründet worden.

Das hundertjährige Bestehen konnte am 1. September C. F. Amelangs Verlag in Leipzig begehen. Gründer dieses bedeutenden Verlages war der Buchdrucker Karl Friedrich Amelang in Berlin, der besonders Jugendschriften, Sprachlehrbücher und gewerbliche Schriften verlegte. Scheidlers Nachbuch ist in 65000 Exemplaren verbreitet worden. Das Geschäft ging im Jahre 1850 in den Besitz der Leipziger Buchhändler Fr. Wolmar und Anton Vogel über, die sich namentlich um die Herausgabe des Sammelwerkes „Literaturen des Ostens“, das noch nicht abgeschlossen ist, verdient machten.

# Beilage zum Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 103.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 4. September 1906.

Anzeigen kosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.;  
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

44. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Eine recht enge und unhaltbare Auffassung über den Begriff des Nachdruckes hat das Reichsgericht (das Berliner Landgericht übrigens ebenfalls) beibehalten in dem Prozesse gegen die beiden Herausgeber der in Berlin erscheinenden „Blätter für die Kunst.“ Dieselben haben von dem Gedächtnis eines in München lebenden Verfassers vier Zeilen als Motto zu einem Artikel verwannt. Sie wurden deshalb wegen Nachdruck zur Verantwortung gezogen und das Landgericht Berlin verurteilte beide Angeklagte wegen Verletzung des § 38 Abs. 1 des Urheberrechtes zu je 50 Mk. Geldstrafe. Die Berufungen sahen das als eine unrichtige Anwendung des Gesetzes an und stützten sich darauf, daß die benutzten vier Zeilen nur als Zitat anzusehen seien. Das Reichsgericht hat jedoch die Revision verworfen. In den Gründen wird ausgeführt, der Vorbericht habe mit Recht festgestellt, daß durch die Wiedergabe der vier Zeilen des Gedächtnis ein Teil eines Wertes vervielfältigt sei, und schon das Gesetz vom 11. Juni 1870 betreffend das Urheberrecht hatte im § 4 Abs. 2 die Bestimmung, daß es für das Verbot der Vervielfältigung keinen Unterschied mache, ob das Schriftwerk ganz oder nur teilweise vervielfältigt werde. Der § 41 des jetzt geltenden Gesetzes bestimme aber ausdrücklich: „Die in den §§ 36 bis 39 bezeichneten Handlungen sind auch dann rechtswidrig, wenn das Werk nur zu einem Teile vervielfältigt u. v. w.“ Die Frage ist trotzdem aber die, ob vier Zeilen einen Teil eines Schriftwerkes ausmachen. Wir denken, nein.

Auch in Italien ist ein Zeitungskampf in der Bildung begriffen. Der Senator Ruz, Herausgeber der „Tribuna“, steht an der Spitze des Unternehmens. Derselbe wird außer einer Anzahl kleinerer Provinzialblätter sowie einer in Florenz zu gründenden neuen Zeitung folgende Blätter umschließen: „Tribuna“ (Rom), „Stampa“ (Turin), „Mattino“ und „Ora“ (Neapel), „Secolo XIX“ (Genoa). Die Italiener sind also den Amerikanern am nächsten, von denen wir erst kürzlich berichteten, daß dort ein großer Zeitungskampf gegründet worden ist.

Gewalttätigkeiten von Seiten der Streikbrecher sind, wie wir neuestens ausführlicher in Nr. 101 dargelegt, eine Erscheinung unserer Tage, deren Wahrnehmung aus der großen Nachsicht, welcher Polizei und Gerichte sich gegen die Arbeitswilligen „bestehenden“, schließlich als etwas Selbstverständliches resultieren muß. In erwähnter Notiz berichteten wir bereits, daß auch bei dem gegenwärtigen Streik der Kohlenarbeiter in Berlin die Arbeitswilligen ein für die öffentliche Sicherheit gefährliches Auftreten zeigen. Nun sind diese Befürchtungen schon wahr geworden: ein Streikpöbel traf einen auf Arbeit gehenden Kohlenkutscher und frug denselben, ob er arbeiten wolle; den Himmels auf den Streik beantwortete der Arbeitswillige, indem er mit einem Dolchmesser dem Streikpöbeln zwei Stiche in die rechte Seite und einen Stich unter das rechte Auge beibrachte. Auch in diesem Falle befindet sich das rohe staatsbehaltende Subjekt noch auf freiem Fuße. Daß hier keine Ueberlieferung des Berganges vorliegt, wie es in einem Parteiblatt bei Vertretung des Arbeiterstandes schon vorzukommen kann, dafür ist unsre diesmal benutzte Quelle, eine große bürgerliche Zeitung mit unternehmerfreundlicher Tendenz, wohl Beweis. Wenn solche Degane über die zunehmenden Ausschreitungen der Streikbrecher nicht mehr still hinweggehen, dann hat eben der Arbeitswilligen ein für die öffentliche Sicherheit bedenkliche Höhe erreicht.

Ein Gerichtsurteil gegen den Hauptvorsitzenden des Deutschen Brauerverbandes und einen Zahlstellenleiter dieser Organisation, das nicht nur in Baienreisen allgemeines Kopfschütteln erregen muß, wurde von der Strafkammer in Nordhausen gefällt. Der Leiter und Kassierer des dortigen Ortsvereins des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter war mit seiner Abrechnung vom 3. und 4. Quartale v. J. in Rückstande. Wiederholte Schreiben des Hauptvorsitzenden Bauer in Hannover, doch dem Statute Rechnung zu tragen, hatten nicht den gewünschten Erfolg, so daß sich schließlich der Zentralverband genötigt sah, durch den Hauptkassierer eine Revision ankündigen zu lassen, welche am 11. März vorgenommen werden sollte. Tags vorher traf jedoch der Zahlstellenleiter aus Nordhausen in Hannover ein und bat um Aufschub resp. Stundung bis zum 1. April, da Familienverhältnisse halber die Zahlstellen ihm das Geld teilweise überlassen habe und eine augenblickliche Rückzahlung unmöglich sei. Der Hauptvorsitzende kam diesem Wunsche nach, und der Appell an Treu und Glauben wurde nicht getätigt, denn zum festgesetzten Termine traf Geld und Abrechnung ein. Durch Reibereien in den Versammlungen wurde diese Angelegenheit in die Öffentlichkeit getragen und nun gegen den Leiter ein Strafverfahren eröffnet. Die Behauptung des Zahlstellenleiters, der Verbandsvorstand habe diese einseitige Verwendung der Gelder in der geschilderten Weise sanktioniert, ver-

mochte die Staatsanwaltschaft nicht zu überzeugen, sie verurteilte vielmehr auch den Hauptvorsitzenden in den Angelegenheiten. Bei der Verhandlung am 22. August verurteilte das Gericht auch zu keiner besseren Ansicht aufzuföhren, sondern ging von der Auffassung aus, der Hauptvorsitzende habe die Verurteilung nur gemacht, um den Zahlstellenleiter vor Strafe zu schützen, und sei dieseshalb wegen Begünstigung zu verurteilen. Während der Staatsanwalt gegen den Zahlstellenleiter einen Monat und gegen Bauer 50 Mk. Geldstrafe beantragte, ging das Gericht noch über den Antrag hinaus und verurteilte erstere zu zwei Monaten, letztere zu 14 Tagen Gefängnis. Wegen dieses unbegreiflichen Urteil ist selbstverständlich Revision eingelegt.

Das Inkrafttreten des Sonntagsruhegesetzes in Frankreich am 1. September hat in den verschiedensten Gewerben ernste Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern heraufbeschworen, da erstere das neue Gesetz vielfach umgehen wollten.

Fleischnot und Grenzsperrung ist ein unzertrennbarer Begriff. Die in Permanenz befindliche Fleischsteuerung ist auf die Grenzsperrung zurückzuführen, die lediglich im Interesse der Agrarier liegt, welche, längst nicht mehr imstande sind, den Viehbedarf für Deutschland zu decken, durch enorme Preistreibeinheiten für Schlächtere noch ansehnliche Prämien für ihre Mißwirtschaft einheimen. Der Vorwand, die Grenzsperrung für Vieh seien zur Gefundhaltung des nationalen Viehstandes notwendig, ist ein schon lange angenagelter agrarischer Schwindel, auf den die Reichsregierung unverantwortlicher Weise am meisten eingegangen ist. Jetzt hat nun, wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, das von dem arg bloßgestellten Bod noch immer geleitete preussische Landwirtschaftsministerium die böse Wahrnehmung gemacht, daß in diesem Jahre dreimal so viel Viehstücken in Deutschland vorkamen als im Vorjahre, und daß das Ausland kaum ein Drittel der von Deutschland verzeichneten Viehstücke aufzuweisen hat. Eine kürzlich in München stattgehabte allgemeine Versammlung der Fleischer hat mit diesem Standpunkte der Regierung, der auch an offizieller Stelle in Bayern geteilt wird, scharf abgerechnet: Die Einfuhr sei durch schikanöse unverständliche Verordnungen und Bestimmungen sehr erschwert und enorm verteuert worden; wir ständen heute beinahe vor einer Katastrophe. Die Münchner Metzger legten über diese schandbaren Zustände in Deutschland eine solche Entzündung an den Tag, daß sogar ein Antrag vorlag, kein Vieh mehr zu kaufen und die Läden zu schließen. Ganz dieser natürlich auch Ablehnung, wenigstens es davon zeugt, daß auch die Fleischer unter solchen Verhältnissen sehr stark zu leiden haben (etwa 100 Fleischer haben ihre Geschäfte bereits geschlossen), so wurde aber eine energische die Deffnung der Grenzen verlangende Resolution angenommen. Die Regierung von Sachsen-Koburg-Gotha hat aber immer brüderlicher werdenden Fleischsteuerung übrigens jetzt infolge etwas Rechnung getragen, als die Einfuhr von Rindern und Schafen aus Oesterreich-Ungarn zur Abschächtung in den Schlachthäusern von Gotha und Koburg fortan gestattet ist. Der Verein der Fleischermeister Berlin-Ostern will mit anderen Vereinen des Fleischer- sowie des Berliner Gastwirts-gewerbes eine große Protestversammlung gegen die hohen Viehpreise veranstalten. Um an einem Beispiele den Unterschied zwischen den Fleischpreisen in Deutschland und dem Auslande zu zeigen, sei noch erwähnt, daß am 23. August Dösch pro 50 Kilo Fleischgewicht in Mannheim 80 bis 90 Mk., in Paris aber nur 35,20 bis 62,40 Mk. kosteten. Das bekannte Wort: „Deutschland in der Welt voran“, hat eben leider nur Geltung auf die fast ungläubliche Lebensmittelvertenerung.

Eine ansehnliche Vertenerung des Brennmaterialies ab 1. September ist eine weitere, wenig tröstliche Aussicht auf den kommenden Winter. Diese neue Erhöhung der Kohlenpreise dürfte sich besonders in Mitteldeutschland bemerkbar machen.

Zu dem in vielen Gegenden Deutschlands tobenden Viehkriege wird sich höchst wahrscheinlich noch ein Milchkrieg gesellen. Die nach Deutschland liefernden dänischen und holländischen Milchporture haben nämlich allgemein den Viehpreis um 2 Pf. erhöht und stellen weiteren Aufschlag in Aussicht. In einigen Städten des Westens hatten wir in der letzten Zeit bereits einen Anschlag auf einen Milchkrieg, jetzt wird er dort nun wohl akut werden. Einen interessanten Beleg dafür hat die neueste wirtschaftliche Kriegserklärung: Einzelne Großstädte Norddeutschlands wollen wegen des Viehkrieges den billigeren holländischen Gerstenfah in bedeutendem Umfange importieren, nun kommen aber die holländischen Milchströme und wollen ihrerseits den deutschen Milch schöpfen!

In Berlin traten die Böchleischhändler in den Ausstand. — In Königsberg haben außer den Getreidehändlern und Speicherleuten auch die Kohlenarbeiter die Arbeit eingestellt.

Der Ausstand der Bergarbeiter in Brüx ist auf vier Schächte beschränkt geblieben, dagegen hat er im Duzer Reviere an Ausbehnung gewonnen. — 2000 Bergleute streiken in Szilvözig (Ungarn). — 2500 Textilarbeiter wurden eines partiellen Streiks wegen in Derviers ausgeperrt. — In Grenoble ist die Zahl der streikenden Metallarbeiter bereits auf 18000 gestiegen. — Auch in Bilbao ist der Streik der Bergleute wieder aufgeflammt, in Santander hat er noch weiter zugenommen. — In Yokohama haben die Maurer nach fünfzig-tägigem Ausstande einen Tagelohn von 2 Mk. sowie die Reduzierung der Arbeitszeit von 14 auf 12 Stunden erreicht.

### Briefkasten.

H. B. in Stuttgart: Ihre Zusendung mit Dank erhalten. Ueber Verwendbarkeit erst später Urteil möglich. — D. M. in S.: Ob außer der „Gutenbergwertüre“ von Biegelmann und dem „Buchdruckermarkt“ von Schäfer noch Druckereikompositionen speziell für buchdruckerliche Veranstaltungen existieren, wissen wir wirklich nicht. Vielleicht ist einer der Leser des „Korr.“ darüber informierter als wir. — F. M. Sch. in Regensburg: Trotzdem wir jetzt gerade alle Hände voll zu tun haben, werden wir mit einem unserer technischsten Mitarbeiter uns der Arbeit unterziehen. Senden Sie also ein. — F. G. in Berlin: Wir können Ihnen nur den einen Rat geben, sich persönlich an den Verbandsvorstand zu wenden und ihm Ihre Vereinsartikeln vorzulegen. — F. H. in Köln: Der Stundenlohn wird laut § 33 Abs. 1 nach dem Durchschnittsverdienst der letzten dreißig Arbeitstage ermittelt, demnach käme Nr. 2 Ihrer Aufrechnung in Betracht. — P. in Kolberg: Ja. — Sch. in Karlsruhe: Ortsverein 4,30 Mk., Personal 3,55 Mk. — H. in Gensburg: Inzerate in den Nrn. 68, 86 102 = 4,40 Mk., damit ist aber auch das Privatgut haben bedekt. Frd. Gruff! E. — G. H. in Essen: Es ist doch unhöflich, was Sie mit Ihrem miserablen hektographierten Berichte den Segern zumuten. Sollte in ähnlicher Weise wieder ein Bericht von Ihnen eingesandt werden, wandert er ohne weiteres in den Papierkorb. Die „Korr.“-Segler sind doch auch Menschen!

### Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chamissoplatz 5, III.  
Bezirk Ludwigshafen a. Rh. Anfang August ist von Dresden das Buch des Kollegen Richard Wag Kesselt hierher gesandt worden (Hauptbuchnummer 47520). Da bis jetzt keine Nachricht über den Aufenthalt dieses Kollegen einging, werden die Herren Vorstände und Kassierer ersucht, die eventuelle Adresse desbeselben an den Bezirkskassierer August Erdemann, Heimgäßstraße 30, gelangen zu lassen, damit das Buch dem Kollegen K. zugefandt werden kann.

Apparat. Der Seher Rudolph Gröning, welcher hier den letzten Beitrag nicht bezahlte hat, wird hiermit aufgefordert, den Betrag von 1,50 Mk. porsiofrei an den Kassierer Elsner, Forstallee, einzusenden, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, den Kollegen Gröning hierauf aufmerksam zu machen.

### Adressenveränderungen.

Zferlohn. Vorsitzender und Vertrauensmann: Anton Fey, Mühlengang 11; Kassierer: Karl Böhm, Mendenerstraße 99.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Wlfeid a. R. der Seher Karl Knüpfer, geb. in Weiffenfels 1864, ausgel. in Halle a. S. 1882; war schon Mitglied. — In Bodenem die Seher I. Wilh. Wiesel, geb. in Oberwalde 1877, ausgel. das. 1895; 2. Richard Woffe, geb. in Quercfurt 1877, ausgel. in Merseburg 1895; waren schon Mitglieder; 3. Karl Grese, geb. in Bodenem 1882, ausgel. das. 1901; 4. Karl Schwabe, geb. in Mahlum b. Bodenem 1885, ausgel. in Bodenem 1903; 5. der Schweizerdegen Gustav Schwabe, geb. in Mahlum 1881, ausgel. in Bodenem 1899; waren noch nicht Mitglieder. — August Hausmann in Hildesheim, Kaiserstraße 20.

In Dortmund die Seher I. Wilh. Wismann, geb. in Warendorf 1880, ausgel. das. 1898; 2. Hermann Maruschke, geb. in Böhmischdorf (Schl.) 1885, ausgel. in Dinsdorf (Schl.) 1903; waren noch nicht Mitglieder; 3. Karl Krugmann, geb. in Dortmund 1878, ausgel. in Lünen 1896; 4. Casar Schüller, geb. in Hamun in Westfalen 1881, ausgel. das. 1899; waren schon Mitglieder. — Aug. Schippers, Braunschweigerstraße 27.

In Hbbensbüren i. W. der Seher Jof. Fahrenschreiber, geb. in Bredel 1880, ausgel. in Gronau (Westfalen) 1900; war schon Mitglied. — Karl Rabes in Osnaabrück, Zburgerstraße 21, II.

